

Europawahlen: Vorsicht vor den Bekanntmachungen!

Pascale Joannin - 16 Jan 2024

Die Europäer sind je nach Land zwischen dem 6. und 9. Juni 2024 zu den Urnen gerufen, um die Abgeordneten des Europäischen Parlaments, welches dann 720 Mitglieder umfassen wird, neu zu wählen. Pascale Joannin präsentiert eine gemischte Bilanz der zu Ende gehenden Legislaturperiode, die wichtigsten Hürden, mit denen sich die im Wahlkampf befindlichen politischen Parteien auseinandersetzen müssen, und die Neuerungen der Europawahl. Sie analysiert die möglichen Veränderungen des politischen Gleichgewichts, die sich daraus ergeben könnten, und hofft, dass der Wahlkampf den Herausforderungen gewachsen sein wird.



[Neuigkeiten](#) | [Wahlen](#) | [Stiftung](#) | [Europäischer Rat](#) | [Kommission](#) | [Rat der Europäischen Union](#) |

[Gerichtshof](#) | [Europäische Investitionsbank](#) | [Dänemark](#) | [Frankreich](#) | [Italien](#) | [Polen](#) |

[Slowakei](#) | [Kosovo](#) | [Serbien](#) | [Ukraine](#) | [Europarat](#) | [UNO](#) |

[Berichte / Studien](#) | [Kultur](#) |

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

■ Neuigkeiten :



Tod von Wolfgang Schäuble

Der ehemalige Präsident des Deutschen Bundestages, Wolfgang Schäuble, ist am 26. Dezember 2023 verstorben. Er hat mit seinem Wirken fast 50 Jahre deutsches politisches Leben und europäischen Fortschritt geprägt. Die Stiftung, deren Vorstand er angehörte, hatte ihn mehrmals in Paris empfangen. Er war ein Freund, wahrscheinlich "der europäischste Deutsche". [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Wahlen :



Präsidentenwahlen in Finnland

Bei der ersten Runde der Präsidentenwahlen in Finnland am 28. Januar stehen 9 Personen zur Wahl. Wenn kein Kandidat mehr als die Hälfte der Stimmen auf sich vereinen kann, findet am 11. Februar eine Stichwahl statt. Pekka Haavisto (Grüne Liga, VIHR), der in den Umfragen lange Zeit als Favorit galt, wird seit einigen Monaten von Alexander Stubb (Nationale Koalitionspartei, KOK) überholt. [Fortsetzung](#)

■ Stiftung :



Schuman Network

Das Schuman Network soll die Debatte und Reflexion über europäische Themen fördern. Es gibt zahlreiche Beiträge von Think Tanks zur internationalen Lage, den bevorstehenden Europawahlen und den anstehenden Fragen und Herausforderungen, wie z.B. die Beiträge von IRIS, DGAP und dem Centre for European Reform (CER), die kürzlich online gestellt wurden. Weitere werden folgen. [Fortsetzung](#)



Eine Website für alles Wissenswerte über die Europawahlen

Vom 6. bis 9. Juni 2024 sind die Europäer eingeladen, ihre Europaabgeordneten für die nächsten fünf Jahre zu wählen. Die Stiftung bietet eine Website an, um die Wahl und ihre Herausforderungen besser zu verstehen und den Wahlkampf, die Listen und Programmen aller Parteien zu verfolgen. [Fortsetzung](#)



Europäische Konjunkturprogramme: Zahlen und Prioritäten

Um auf die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie zu reagieren, hat die Europäische Union einen Konjunkturfonds in Höhe von 672,5 Milliarden € eingerichtet. Zwischen dem 19. und 29. Dezember zahlte die Kommission Gelder an 14 Staaten aus und erhielt Anträge auf Auszahlungen von 8 Staaten. Die Stiftung bietet Ihnen eine interaktive Karte der Pläne für jedes Land, um sich über die Beträge und Zeitpläne zu informieren. [Fortsetzung](#)

■ Europäischer Rat :



Charles Michel, Kandidat für die Europawahlen

Der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, kündigte am 6. Januar seine Kandidatur als Spitzenkandidat der Reformbewegung, für die Europawahlen im Juni 2024 an, einer liberalen belgischen Partei, die Mitglied der Fraktion Renew Europe ist. Sollte er gewählt werden, wird er sein Mandat im Europäischen Rat vorzeitig beenden, bevor er am 16. Juli sein Amt im Parlament antritt. [Fortsetzung](#)

■ Kommission :



Genehmigung staatlicher Beihilfen

Am 8. Januar genehmigte die Kommission eine deutsche Beihilfe in Höhe von 902 Mio. EUR, um die Errichtung einer Fabrik für Elektrobatterien durch das schwedische Unternehmen Northvolt zu unterstützen. Am selben Tag genehmigte die Kommission auch eine französische Beihilferegelung in Höhe von 2,9 Mrd. EUR zur Förderung von Investitionen in umweltfreundliche Industrien. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#) - [Andere Links](#)



Inkrafttreten der Verordnung zur Cybersicherheit

Die neue Verordnung zur Cybersicherheit trat am 7. Januar in Kraft. Sie legt Maßnahmen zur Schaffung eines internen Rahmens für die Verwaltung, Steuerung und Kontrolle von Cybersicherheitsrisiken für jede EU-Einheit fest und richtet einen neuen Interinstitutionellen Rat für Cybersicherheit ein, der die Umsetzung der Verordnung durch die EU-Einheiten überwachen und unterstützen soll. [Fortsetzung](#)

■ Rat der Europäischen Union :



Einigung über die Reform der Haushaltsregeln

Am 21. Dezember wurde im Rat eine Einigung über eine Reform der Haushaltsregeln der Europäischen Union erzielt. Ziel ist es, dass die Kommission in ihren Haushaltsempfehlungen gegenüber den Mitgliedstaaten einen differenzierten Ansatz verfolgt, der sich an der jeweiligen Wirtschaftslage orientiert. Wenn ein Staat die Zielvorgaben von 60% des BIP für die Staatsverschuldung und 3% des BIP für das öffentliche Defizit überschreitet, könnte die Kommission ihm dann einen mittelfristigen Abbaupfad vorlegen, der auf seiner spezifischen Situation basiert. [Fortsetzung](#)



Integration von Bulgarien und Rumänien in den Schengen-Raum

Am 30. Dezember erzielten die Mitgliedstaaten durch einen einstimmigen Beschluss des Rates eine Einigung über die Abschaffung der Kontrollen an den Luft- und Seegrenzen der Europäischen Union und der anderen Länder des Schengen-Raums mit Bulgarien und Rumänien. Das Abkommen wird am 31. März 2024 in Kraft treten. Es wurde ein Kompromiss für eine teilweise Integration in den Schengen-Raum gefunden, da Österreich die Verhandlungen blockiert hatte. Die Mitgliedstaaten müssen im Rat noch eine neue Einigung erzielen, um das Datum für die Aufhebung der Kontrollen an den Landgrenzen zu wählen. [Fortsetzung](#)



Treffen der Minister für Beschäftigung und Sozialpolitik

Die für Beschäftigung und Sozialpolitik zuständigen Minister trafen sich am 11. und 12. Januar, um über die Zukunft des sozialen Europas zu diskutieren. Die Minister sprachen über folgende Herausforderungen: Arbeitskräftemangel, Krisenfestigkeit der Wirtschaft sowie die Förderung sozialer Rechte auf internationaler Ebene. [Fortsetzung](#)



Belgische EU-Ratspräsidentschaft

Belgien hat am 1. Januar 2024 die halbjährliche Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union übernommen. Das Kollegium der EU-Kommissare stattete den belgischen Ministern am 5. Januar in Brüssel im Egmont-Palast einen Besuch ab. [Fortsetzung - Andere Links](#)



Abkommen über Asyl und Migration

Das Parlament und der Rat erzielten am 20. Dezember eine Einigung über den Migrations- und Asylpakt, der die Steuerung von Migrationsströmen und Krisensituationen regelt. Wenn ein Mitgliedstaat einem starken Migrationsdruck ausgesetzt ist, müssen die anderen Staaten Unterstützung leisten, entweder indem sie einen Teil der Asylsuchenden auf ihrem Territorium aufnehmen oder durch einen finanziellen Beitrag. Andererseits wird an den Außengrenzen ein Vorabkontrollverfahren eingeführt, um Asylanträge vor der Einreise in das europäische Hoheitsgebiet zu prüfen. Die Texte müssen nun von den Kollegatoren formell angenommen werden. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Gerichtshof :



Unabhängigkeit des polnischen Justizsystems

Laut einer Entscheidung des Gerichtshofs vom 21. Dezember ist ein Spruchkörper der Kammer für außerordentliche Überprüfung des polnischen Obersten Gerichtshofs kein unabhängiges, unparteiisches und zuvor durch Gesetz errichtetes Gericht. Der Gerichtshof ist daher der Ansicht, dass die Fragen, die dieses Justizorgan stellt, unzulässig sind. Diese Kammer war 2017 eingerichtet worden, um sich insbesondere mit Wahlfragen zu befassen. Ihre verfassungsrechtliche und gerichtliche Legitimität wird nun von der Europäischen Justiz in Frage gestellt. [Fortsetzung](#)



Aussicht auf eine Geldstrafe von 2,4 Milliarden € gegen Google

Die Generalanwältin des Gerichtshofs Juliane Kokott schlug dem Gerichtshof am 11. Januar vor, eine Geldstrafe der Kommission gegen Google in Höhe von 2,4 Milliarden € zu bestätigen, die das Unternehmen vor dem Europäischen Gerichtshof angefochten hatte. Die Kommission wirft Google den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung durch die missbräuchliche Hervorhebung von Produkten in seiner Suchmaschine vor. Die Generalanwältin ist der Ansicht, dass die Kommission diesen Missbrauch zu Recht als solchen eingestuft und Google nach europäischem Recht bestraft hat. Der Gerichtshof wird seine Entscheidung zu einem späteren Zeitpunkt treffen, wenn er durch diese Stellungnahme informiert ist. [Fortsetzung](#)

■ Europäische Investitionsbank :



Nadia Calviño, erste weibliche Präsidentin

Die ehemalige spanische Wirtschaftsministerin Nadia Calviño hat am 1. Januar 2024 die Nachfolge von Werner Hoyer als Präsidentin der Europäischen Investitionsbank (EIB) angetreten. Sie ist die erste Frau, die dieses Amt innehat. [Fortsetzung](#)

■ Dänemark :



Abdankung von Königin Margrethe und Proklamation von König Frederik X.

Die dänische Königin Margrethe II. hat am 14. Januar 2024 abgedankt. Sie überlässt ihren Platz nach 52 Jahren Regentschaft ihrem ältesten Sohn Frederik X. Königin Margrethe II. war seit dem Tod von Königin Elisabeth II. die einzige Frau, die das Amt der Monarchin in einem europäischen Land innehatte. [Fortsetzung](#)

■ Frankreich :



Neue Regierung unter der Leitung von Gabriel Attal

Gabriel Attal, bisher Bildungsminister, wurde am 9. Januar zum Premierminister ernannt und löste damit Elisabeth Borne ab. Am 11. Januar wurde eine neue Regierung ernannt. Sie umfasst 14 Mitglieder, darunter 7 Frauen. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Italien :



Nicht-Ratifizierung der ESM-Reform und Abstimmung über den Haushalt 2024

Am 21. Dezember stimmten die italienischen Abgeordneten gegen die Ratifizierung der Reform über den Rettungsmechanismus der Eurozone (ESM), obwohl der Vertrag über den ESM erst 2021 unterzeichnet wurde. Italien bleibt damit das einzige Land der Eurozone, das die Reform zum ESM nicht ratifiziert hat, wodurch verhindert wird, dass der ESM in Kraft tritt. Parallel dazu verabschiedete das Parlament am 29. Dezember das Haushaltsgesetz für 2024. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Polen :



Reform der öffentlichen Medien

Am 20. Dezember gab Kulturminister Bartłomiej Sienkiewicz bekannt, dass er das Führungsteam der staatlichen Medien, das als Sprecher der scheidenden Regierung galt, entlassen habe. Diese Entscheidung ist Teil einer am Vortag verabschiedeten parlamentarischen Entschließung über die "Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und der Unparteilichkeit und Glaubwürdigkeit der öffentlichen Medien". [Fortsetzung - Andere Links](#)



Andrzej Duda kündigt an, verhaftete Ex-Minister zu begnadigen

Am 9. Januar wurden der ehemalige Innenminister Mariusz Kaminski und sein Stellvertreter Maciej Wasik, Mitglieder der vorherigen, von der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) geführten Regierung, im Präsidentenpalast festgenommen. Ein Gericht hatte sie im Dezember wegen Amtsmissbrauchs im Jahr 2007 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, und am Vortag war ein Haftbefehl gegen sie erlassen worden. Präsident Duda hatte die beiden Männer bereits bei seinem Amtsantritt 2015 begnadigt und kündigte am 11. Januar an, ein neues Begnadigungsverfahren einzuleiten, um sie freizulassen. [Fortsetzung](#)

■ Slowakei :



Präsidentenwahlen am 23. März

Die slowakischen Präsidentenwahlen finden am 23. März statt, mit einer möglichen zweiten Runde am 6. April. Die amtierende Präsidentin Zuzana Čaputová von der Partei Fortschrittliche Slowakei wird nicht erneut kandidieren. Premierminister Robert Fico und seine Partei Smer-SD haben angekündigt, Peter Pellegrini, den Vorsitzenden des Koalitionspartners der Regierung, Hlas-SD, zu unterstützen. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Kosovo :



Befreiung von der Visumpflicht

Seit dem 1. Januar können Staatsangehörige des Kosovo nun ohne Visum in den Schengen-Raum reisen, und zwar für Aufenthalte von bis zu 90 Tagen innerhalb eines Zeitraums von 180 Tagen. Das Kosovo ist das letzte Land des westlichen Balkans, das in den Genuss der EU-Visumbefreiung kommt. [Fortsetzung](#)

■ Serbien :



OSZE-Wahlbericht

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist der Ansicht, dass die Wahlen in Serbien im Dezember 2023, bei denen die Regierungskoalition bestätigt wurde, nicht die optimalen Bedingungen für einen demokratischen Ablauf dieses politischen Ereignisses erfüllt haben. Es wurde über Verfahrensmängel bei der Stimmenauszählung und zahlreiche Verstöße gegen das Wahlgeheimnis berichtet. Eine Reihe von Bedenken hinsichtlich der Wahrung der Meinungs- und Medienfreiheit von Menschenrechtsverteidigern und Journalisten wurden nicht ausgeräumt. Zahlreiche Demonstrationen im ganzen Land verurteilten die Wahlen vor dem Hintergrund des Wahlbetrugs. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)

■ Ukraine :



Besuch des ukrainischen Präsidenten in den baltischen Staaten

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj besuchte am 10. und 11. Januar die baltischen Staaten. Er sprach mit der litauischen Premierministerin Ingrida Šimonytė, dem estnischen Präsidenten Alar Karis und der lettischen Premierministerin Evika Siliņa über die Unterstützung für die Ukraine, ihre Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich und den Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union. In einer Rede in Vilnius erinnerte der ukrainische Präsident daran, wie wichtig es sei, die territoriale Souveränität gegen die russische Invasion zu verteidigen. [Fortsetzung](#)



Besuch des britischen Premierministers und des französischen Außenministers

Der britische Premierminister Rishi Sunak besuchte am 12. Januar Kiew, um ein bilaterales Abkommen über strategische Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und Großbritannien zu formalisieren und damit die anhaltende militärische und finanzielle Unterstützung Großbritanniens für die Ukraine zu bekräftigen. Der neue französische Außenminister Stéphane Séjourné besuchte Kiew anlässlich seines ersten offiziellen Auslandsbesuchs am 13. Januar und erörterte mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj die Vertiefung eines Europas der Verteidigung und die französische Unterstützung für die Ukraine. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



NATO-Ukraine-Rat

Die Botschafter der NATO-Länder und der Ukraine trafen sich am 10. Januar zu einem NATO-Ukraine-Rat. Die Verbündeten verurteilten die jüngsten russischen Luftangriffe in der Ukraine und bekräftigten ihr Engagement, die militärischen Fähigkeiten der Ukraine im Jahr 2024 zu stärken, insbesondere im Bereich der Luftabwehr. [Fortsetzung](#) - [Andere Links](#)



Treffen der nationalen Sicherheitsberater des Davoser Forums

Die Vertreter von 83 Ländern und internationalen Organisationen, die am Gipfeltreffen des Weltwirtschaftsforums in Davos teilnahmen, versammelten am 14. Januar ihre nationalen Sicherheitsberater, um über Lösungen für einen dauerhaften Frieden in der Ukraine zu diskutieren. Der Leiter der ukrainischen Präsidentschaftsverwaltung, Andriy Yermak, äußerte sich zufrieden über die offene und konstruktive Diskussion und die internationale Unterstützung für die von der Ukraine vertretenen Prinzipien. [Fortsetzung](#)

■ Europarat :



Helsinki-Dialog

Vertreter der im Exil lebenden demokratischen Kräfte aus Belarus nahmen am 11. und 12. Januar am Helsinki-Dialog teil, einer von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats organisierten Reihe von Rundtischgesprächen über die politische Zukunft des Landes. Der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des finnischen Parlaments, Kimmo Kiljunen, wird der Versammlung des Europarats am 25. Januar einen Bericht über die demokratische Zukunft des Landes vorlegen. [Fortsetzung](#)

■ UNO :



Angriffe der Huthis im Roten Meer

Am 10. Januar verabschiedete der UN-Sicherheitsrat eine Resolution, in der er die Huthi-Rebellen im Jemen aufforderte, ihre Angriffe auf Handelsschiffe und Schiffe im Roten Meer einzustellen. Die von Japan und den USA eingebrachte Resolution erhielt elf Ja-Stimmen, null Nein-Stimmen und vier Enthaltungen von Algerien, China, Mosambik und Russland. Die Resolution wurde vor dem Hintergrund einer wachsenden Bedrohung des globalen Seehandels verabschiedet. [Fortsetzung](#)

■ Berichte / Studien :



Bericht über die globale Gefahrenabwehr im Seeverkehr

Am 8. Januar erschien die fünfte Jahresausgabe des Berichts des MICA Centers über die weltweite Gefahrenabwehr im Seeverkehr. Der Bericht verzeichnet einen Anstieg der Vorfälle im Zusammenhang mit dem Ausfuern von Konflikten auf See, eine insgesamt stabile Zahl von Piraten- und Diebstahlsvorfällen und einen allgemeinen Anstieg des illegalen Handels. [Fortsetzung](#)

■ Kultur :



Nacht der Museen in Basel

Die Stadt Basel veranstaltet am 19. Januar von 18:00 bis 2:00 Uhr ihre Museumsnacht. Rund 41 Museen und Kulturinstitutionen, nicht nur in Basel, sondern auch in den umliegenden Städten, werden ihre Türen für diese jährliche Veranstaltung öffnen. [Fortsetzung](#)



Anu Pöder in Susch

Bis zum 30. Juni findet die Ausstellung "Anu Pöder: Space for My Body" im Museum Susch in der Schweiz statt. Die Ausstellung umfasst mehr als vierzig Werke der estnischen visuellen Künstlerin Anu Pöder, die dafür bekannt ist, den menschlichen Körper zu erforschen, indem sie die Zerbrechlichkeit, Vergänglichkeit und Kurzlebigkeit des Lebens in einer Reihe von stimmungsvollen Skulpturen hervorhebt. [Fortsetzung](#)

Listasafn Reykjavíkur IIII
Reykjavik Art Museum



Erro in Reykjavík

Das Kunstmuseum in Reykjavík widmet dem isländischen Künstler Erró bis zum 12. Mai eine Ausstellung. Die Ausstellung mit dem Titel "Gambit" beleuchtet den kritischen Blick des Künstlers auf die Welt mit Gemälden, die insbesondere geopolitische Nachrichten wie den israelisch-palästinensischen Konflikt und den russischen Angriffskrieg in der Ukraine thematisieren. Errós Werkkorpus zeichnet sich durch eine Mischung aus Chaos, Gewalt und Widersprüchen aus. [Fortsetzung](#)



Lacan in Metz

Bis zum 27. Mai ehrt das Centre Pompidou-Metz den französischen Psychoanalytiker Jacques Lacan mit der Ausstellung "Quand l'art rencontre la psychanalyse" (Wenn Kunst auf Psychoanalyse trifft). Seine innige Beziehung zur Kunst wird dort anhand von Gemälden, die er selbst in seinen Schriften zitierte und die ihn in seinen Überlegungen inspirierten, sowie anhand der Werke von Künstlern, die ihn geehrt haben, dargestellt. [Fortsetzung](#)



Internationales Dokumentarfilmfestival in Biarritz

Die 2024er Ausgabe des Internationalen Dokumentarfilmfestivals (FIPADOC) findet vom 19. bis 27. Januar in Biarritz statt. Auf dem Programm stehen Dokumentarfilme, die sich mit gesellschaftlichen Themen und internationaler Tragweite befassen. Von den Bemühungen gegen den Klimawandel über Frauen bis hin zum Krieg in der Ukraine - die Themen werden dem Motto der Ausgabe entsprechen: "Leben die Menschen so?". [Fortsetzung](#)



Festival der Galerien in London

Das Condo Gallery Festival findet vom 20. Januar bis zum 17. Februar in London statt. Diese gemeinschaftliche Ausstellung findet in 50 Galerien an 23 verschiedenen Orten statt und bietet den Besuchern die Möglichkeit, durch die Londoner Kunstszene zu reisen. [Fortsetzung](#)



Projektwechsel bei der Biennale von Venedig

Die Auswahl des polnischen Pavillons für die Biennale von Venedig 2024 wurde geändert und er zeigt schließlich die Multimedia-Ausstellung "Repeat After Me" des ukrainischen Kollektivs Open Group. [Fortsetzung](#)



Kulturhauptstädte 2024

Für das Jahr 2024 sind die Städte Bad Ischl in Österreich, Tartu in Estland und Bodø in Norwegen die Kulturhauptstädte Europas. Dieses von der Europäischen Kommission geschaffene Label ermöglicht es den Städten, ihr Kulturerbe ein Jahr lang durch eine Vielzahl von Kunst- und Kulturveranstaltungen zu präsentieren. [Fortsetzung - Andere Links](#)

■ Agenda :

 15. Januar 2024

Treffen der Eurogruppe (Brüssel)

 15. bis 16. Januar 2024

Informelles Treffen der Umweltminister (Brüssel)

 15. bis 18. Januar 2024

Plenartagung des Europäischen Parlaments (Straßburg)

 16. Januar 2024

Rat Wirtschaft und Finanzen (Brüssel)

 22. Januar 2024

Rat für Auswärtige Angelegenheiten (Brüssel)



Der Buchstabe n°1050

PDF

auf Deutsch – Ausgabe von Dienstag 16. Januar 2024

 **Ich lade runter**

Der Brief ist auch in den folgenden Sprachen verfügbar:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :
**Stefanie Buzmaniuk, Helen Levy ;
Louis Brand, Mila Shay, Romane Wanner,
Loup Panteix, Carole-Louise Ashby**

N° ISSN: **2729-6482**

Eine Frage, eine Anregung?

Chefredakteur:
Eric Maurice
Publikationschef:
Pascale Joannin

Kontaktiere uns!
info@robert-schuman.eu

[Klicken Sie hier, wenn diese E-Mail nicht korrekt angezeigt wird.](#)

**FONDATION ROBERT
SCHUMAN**

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}